Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen wirtschaftlicher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der monatlichen Unterhaltungsbeilage „Arbeit, Bilder, Bücher", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.95 M., vierteljährlich 45 Pf. Postbezug 1.95 M. zuzügl. Porto u. Zust.-Gebühr, 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur vormittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12372. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 40 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 200 M., Familienanzeigen 40 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefmelder 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 258 | Dresden, Donnerstag, den 5. November 1931 | 42. Jahrgang

Verschärfung im Osten

Japanische Uebergriffe in der Mandschurei

T. Genf, 4. November. (Eig. Drahtb.)

Die chinesische Regierung stellt in einer Note an den Völkerbund fest, daß seit der Vertagung des Rates in dem Konflikt um die Mandschurei nicht nur nichts geschehen sei, sondern die japanische Armee die Besitzergreifung der Südmandschurei ausdehne und sie entschlossen verstärke. Ja man unternehme sogar **Versuche, in die Nordmandschurei einzumarschieren, die in Moskau Besorgnis hervorriefen.** Von der Ausführung des seit über einem Monat dem Rat wiederholt vorgelegten Planes der Räumung sei keine Rede. Japan habe die Aufnahme von Unterhandlungen für die Verhandlungen der Räumungsmodalitäten abgelehnt und beharre auf dem Abschluß von Verträgen über grundlegende Prinzipien als Vorbedingung der Räumung. Diese Haltung stelle eine Verletzung des Artikels 10 des Völkerbundspaktes und des Artikels 2 des Kellogg-Paktes dar. Chinas Regierung wiederholt, daß sie fest entschlossen sei, niemals und unter keiner Bedingung unter dem Druck der japanischen Besetzung zu verhandeln.

In einem ausführlichen Memorandum werden die Angaben der Note durch

Tatsachenberichte aus der Mandschurei

belegt. Die chinesische Regierung hatte ein Komitee unter der Führung von Wellington Koo ernannt und Japan aufgefordert, gleiches zu tun für Verhandlungen über die Räumungs- und Gewaltentrennungsmaßnahmen laut Ratsbeschluß vom 22. Oktober. Japan habe geantwortet, **diese Entschließung sei nicht in Kraft.** Man erwarte vielmehr von China seine Einwilligung in die Verhandlungen über die grundlegenden Prinzipien einer Wiederaufnahme der normalen Beziehungen und den Rückzug der Truppen. General Honjo lasse jetzt die **Erträgnisse aus den Salzbergwerken auf die mandschurischen Salzbergwerke in Höhe von 3 Millionen Dollar pro Jahr an die von den Japanern eingesetzte Regierung in Mukden abführen. Die Erträge der Salzbergwerke von Niutschang seien bis zur Höhe von 760 000 Dollar von japanischen Truppen beschlagnahmt worden,** gleichfalls für chinesische Behörden unter japanischem Schutz. Alle diese Einkünfte seien aber verpfändet für den Tilgungsdienst ausländischer Anleihen. Ihre Beschlagnahme verletze die internationalen Verträge. In Mukden seien **alle Banken und Geldhäuser unter japanischer Kontrolle,** ebenso das gesamte öffentliche Leben der Stadt. In 600 Kisten seien 1 200 000 Dollar entfernt und nach Japan geschafft worden. Die chinesische Bahn Mukden—Hsinlung sei im Besitz der Japaner, die sie für eigene Zwecke ausbeuten. Endlich wurden durch Zwangsarbeit große Lebensmittelmengen für japanische Truppen an der Bahn Mukden—Changchun beschafft.

Das Memorandum schließt mit einer detaillierten Schilderung der Unterstützung aller sogenannten Unabhängigkeitsbewegungen durch die japanischen Truppen und zahllose Unterdrückungs- und Einschüchterungsmaßnahmen gegen die wehrlose Bevölkerung.

*

Mahnung an Japan

Energische Note Briands

T. Genf, 4. November. (Eig. Drahtb.)

Der Präsident des Völkerbundsrats, Briand, hat auf die mündliche Erklärung gegen die letzten Entscheidungen des Völkerbundsrats zum Konflikt in der Mandschurei mit der Versicherung geantwortet, daß die am 30. September einstimmig angenommene Ratsentschließung juristisch in Kraft sei und ihre Anwendung erheische.

Briand erinnert Punkt für Punkt an die Uebereinstimmung zwischen dem in der Erklärung vom 24. Oktober geforderten prinzipiellen Fragen und den gleichen Forderungen im ersten Teil der letzten Ratsentschließung, gegen den die Japaner nichts einzuwenden hatten. Zum fünften prinzipiellen Punkt der japanischen Erklärung, der von China die Achtung der Japan vertraglich eingeräumten Rechte in der Mandschurei verlangt, erinnert Briand an Chinas Bereitwilligkeit, **alle Differenzen durch schiedsgerichtliche oder juristische Lösung zu regeln.** Damit sei von China auch der letzte Punkt der japanischen Erklärung aufgeschlossen gesichert. Unter diesen Bedingungen hoffe es Briand bestimmt, daß die japanische Regierung gemäß ihrer am 30. September feierlich übernommenen und in den drei Ratssitzungen am 22., 23. und 24. Oktober wiederholten Verpflichtung „so schnell als möglich die Zurückziehung der Truppen in die Eisenbahnzone erfolgen läßt und diese Absicht in kürzester Frist völlig durchführen" werde. Schließlich erinnert Briand nochmals an die Empfehlung des Rats zur Bildung einer gemischten Kommission für die Regelung der Räumung und die Uebernahme der besetzten Gebiete.

Demonstrationsverbot in Dresden

Wie uns das Polizeipräsidium Dresden mitteilt, hat dieses für die Zeit vom 7. November bis zunächst 11. November dieses Jahres einschließlich alle Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge in der Stadt Dresden verboten.

An den ordnungsliebenden Teil der Einwohnerschaft von Dresden richtet das Polizeipräsidium die dringende Bitte, sich von allen Aufläufen usw., die es in diesen Tagen ja gleichwohl geben sollte, unter allen Umständen fernzuhalten, auch den Polizeibeamten durch unangebrachte Neugier ihren nicht leichten Dienst nicht noch unnötig zu erschweren.

Den Kreisen, die es angeht, sei bei dieser Gelegenheit gesagt, daß das Polizeipräsidium dem Demonstrationsverbot mit allen Mitteln, gegebenenfalls auch mit Waffengewalt, Geltung verschaffen wird.

*

Ueber die Revolutionskundgebung der Dresdner SPD. wird morgen von der Parteileitung Näheres mitgeteilt werden.

Das gefährliche Experiment

Von Oda Lerda-Olberg

Genossin Oda Lerda-Olberg hat die Kämpfe unterm italienischen Faschismus bis 1926 mit durchlebt und durchlitten. Wie Pietro Nenni — und andere führende ausländische Genossen — ist auch sie der Meinung, daß die Tolerierung des Kabinetts Brüning durch die SPD. richtig und klug ist. D. Red.

Von reichsdeutschen Genossen kann man in dieser Zeit nicht selten den Ausruf hören: „Am besten wäre es, die Nationalsozialisten kämen endlich einmal an die Regierung; dann würde man erleben, wie schnell sie abwirtschaften!" Soweit diese Worte mehr sind als der Ausdruck einer Nervenverfassung, die der ewigen Ungewißheit, des Hin- und Hergezerrtwerdens müde ist, soweit hinter ihnen Nachdenken und Ueberzeugung stehen kann man ihnen gar nicht energisch genug entgegentreten. Und auch da, wo sie nur Stimmungssache sind, also mit Gründen nicht zu bekämpfen, soll man die Verbreiter dieser Auffassung nach Möglichkeit isolieren, denn sie ist ansteckend wie eine Epidemie.

Das, was manche heute in Deutschland herbeiwünschen, um es schnell überstanden zu haben, das hat man vor neun Jahren auch in Italien herbeigewünscht unter dem Motto: „Schlimmer kann es doch nicht kommen." Es ist dann aber viel schlimmer gekommen, und das Abwirtschaften stellt sich durchaus nicht mit der erwarteten Schnelligkeit ein. Es mögen zehnmal wesentliche Unterschiede bestehen zwischen der Lage Italiens im Jahre 1922 und der Deutschlands von heute; trotzdem kann und soll man von der italienischen Erfahrung Verschiedenes lernen, was geeignet ist, von dem „Ach, wäre es nur erst so weit!" recht gründlich zu kurieren.

Vor allen Dingen ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu meinen, der Nationalsozialismus werde an seinem Programm zugrunde gehen, er werde abwirtschaften, weil er weder die Reparationszahlungen einstellen noch den Mittelstand retten oder die Zinsknechtschaft brechen kann. Man bilde sich nur nicht ein, daß die Nazis auf dem Wege zur Verwirklichung ihrer Programmsätze zu Schaden kommen werden. Wenn sie erst in der Regierung sind, werden sie gar nicht daran denken, diesen Weg überhaupt zu betreten. Sie werden vielmehr all ihre Energie daransetzen, sich des Staatsapparates für ihre Parteizwecke zu bemächtigen, nach berühmten italienischen Mustern. In unseren Parteikreisen neigt man dazu, die praktische Bedeutung zu unterschätzen, die der Verfügung über die Beamtenschaft zukommt. Wenn eine Partei, die nur ihre Sonderzwecke im Auge hat, alle Knotenpunkte der Staatsverwaltung mit ihren Leuten besetzt und alle ihr feindlichen Personen abfägt oder zurückdrängt, dann kann sie durch dieses Wirken unter der Oberfläche schon manches politische Versagen wettmachen. Sie kann sich da sehr fest in den Sattel setzen, ohne daß sie auch nur den geringsten politischen Erfolg zu verzeichnen hätte.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß an die Regierung der Hakenkreuzler, wenn sie erst einmal da ist, durchaus nicht derselbe Maßstab angelegt werden wird wie heute an die Maßnahmen der Regierungen. Als erste Vorsichtsmaßregel müßten die Nazis die Preßfreiheit drosseln. Wer damit rechnet, daß der Nationalsozialismus an seinen eigenen Fehlmaßnahmen schleunigst zugrunde gehen werde, der läßt außer acht, daß der größte Teil von dem, was er falsch macht, den Massen gar nicht bekannt werden wird oder doch nicht als Schuld der Regierung. Das Volk wird über das, was wirklich vorgeht, so wenig informiert sein, wie heute das italienische Volk über die Ereignisse im Lande.

Weiter soll man nicht vergessen, daß die Nationalsozialisten eine Partei nach dem Herzen der Großindustrie sind, die ihr sicher die ersten Schritte gern erleichtert, um dauernde Vorteile dafür einzutauschen. Es ist durchaus nicht auszuschließen, daß eine momentane Konjunkturverbesserung auf die faschistische Besitzergreifung Deutschlands folgt. Dadurch hätte dann der Nationalsozialismus die Sponne Zeit, um die demokratischen Rechte abzubauen und seine Leute in allen ausschlaggebenden Beamtenstellen anzusiedeln. Nachher mögen die Mißerfolge kommen: es wird dann über sie weggelogen, und der Protest und die Unzufriedenheit werden erstickt.

Man verlasse sich nicht auf die Undurchführbarkeit des Naziprogramms und gründe auf sie keine Hoffnungen. Vom Programm wird nach der Besitzergreifung nicht mehr die Rede sein. Dann wird man alle Mittel daransetzen, an der Regierung zu bleiben. Hat ein so eingefleischter Pfaffen-

Im Dienste des Großkapitals

Volksparteiler Thiel über die Gewerkschaftsfeindlichkeit der Nazis!

Im Rahmen einer erweiterten Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Leipzig des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (DHV.) sprach am Montag abend im Saal des Zentraltheaters der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Otto Thiel, Mitglied der Hauptverwaltung des DHV., über das Thema: „Im Kampf um die soziale Ordnung in Deutschland." WTB. berichtet hierüber:

„Die Ausführungen des Redners wurden des öfteren durch Zurufe der im Saal anwesenden nationalsozialistischen Vereinsmitglieder unterbrochen. Ein nationalsozialistisches Mitglied ergriff auch als Diskussionsredner nach Beendigung des Vortrags die Gelegenheit zu heftigen Angriffen auf die Haltung des Abgeordneten Thiel im Zusammenhang mit seiner Ablehnung der Mißtrauensanträge der nationalsozialistischen Opposition gegen die Regierung Brüning. Weitere Wortmeldungen von nationalsozialistischer Seite mußten, wie von der Versammlungsleitung erklärt wurde, unberücksichtigt bleiben, weil es sich nicht um eine politische Versammlung, sondern nur um eine erweiterte Mitgliederversammlung des Verbandes handle, bei der nicht trennende politische Gesichtspunkte hervorgekehrt werden dürften. Von weiteren Zwischenrufen unterbrochen, versuchte Thiel, seine Haltung zu rechtfertigen. Schließlich verließen die anwesenden Nationalsozialisten auf ein Zeichen ihres Führers hin den Saal unter Absingung von Liedern und mit dem Rufe: „Deutschland erwache!"

Reichstagsabgeordneter Thiel gab zu seiner persönlichen Rechtfertigung noch einige interessante politische Erklärungen ab. So teilte er u. a. mit, daß durch seine Vermittlung auch Verhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei und den Nationalsozialisten geführt worden seien. Die Verhandlungen hätten aber ergebnislos abgebrochen werden müssen, nachdem von den Nationalsozialisten Bedenken gegen die Mitwirkung Thiels als eines „Gewerkschafters" erhoben worden seien. Er habe aber seine Einwilligung zum Sturz der Regierung Brüning nicht geben können, solange nicht die Frage der Besetzung und des politischen Kurses der neu zu bildenden Regierung geklärt war."

Er zeigt sich also, daß es Volksparteiler gibt, die arbeiterfreundlicher sind als die Nazis. Sie sind Schutzgarden des Unternehmertums, darum ihr Haß gegen die Gewerkschafter. Ein Schwerindustrieller in der Regierung ist ihnen lieber als ein Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen! Und diesen reaktionären Bauernfängern laufen auch Arbeiter nach!

Reichsgericht gegen Klagges

Leipzig, 5. November. (Eig. Funk.) Die vom Reichsinnenminister angeordnete Verkürzung des Verbots der Braunschweiger sozialdemokratischen Zeitung „Der Volksfreund" auf zehn Tage ist vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts als gerechtfertigt erklärt worden. Mit diesem Beschluß ist der Einspruch des Braunschweiger Nazi-Innenministers Klagges gegen die von Groener verfügte Begrenzung des Verbots zurückgewiesen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19311105/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG